

2 Die problembehaftete, riskante Beziehung zwischen Bürgern und Parteien

Bevor der Begriff Vertrauen als einer der zentralen Untersuchungsgegenstände bestimmt wird, wird im folgenden Kapitel zunächst herausgestellt, dass die Beziehung zwischen Bürgern und politischen Akteuren aus mehreren Gründen problembehaftet ist. Mit politischen Akteuren sind hier sowohl politische Parteien als auch Politiker, als Repräsentanten der Parteien, gemeint. Die Beschreibung dieser Probleme macht die Notwendigkeit von Vertrauen deutlich. Als ein Grundproblem wird das kontingente Handeln politischer Akteure ausgemacht, was die Komplexität politischer Prozesse erhöht. Komplexität wiederum bedeutet Unsicherheit. Zudem wird die moderne, ausdifferenzierte Gesellschaft, in der wir leben, als eine Risikogesellschaft beschrieben. In einer solchen Gesellschaft sind die Handlungen politischer Akteure sowie die politischen Prozesse als Ganzes für Bürger schwer nachvollziehbar und durchschaubar. Erschwert wird eine Antizipation der Handlungen politischer Akteure noch dadurch, dass eine Asymmetrie der Informationen bezüglich politischer Probleme zugunsten der politischen Akteure besteht. Die Problematik der Informationsasymmetrie wird in diesem Kapitel anhand des auf die Beziehung zwischen Bürgern und politischen Akteuren übertragenen Prinzipal-Agent-Ansatzes beschrieben. Diese grundlegenden Probleme können für Bürger eine Kooperation mit politischen Akteuren nicht nur unsicher, sondern auch riskant machen. Gleichzeitig sind Bürger auf eine solche Kooperation mit politischen Akteuren bzw. auf deren Expertenwissen angewiesen (Schönherr-Mann, 2002, S. 3; Strøm, 2000, S. 266). Nur politische Akteure können kollektiv verbindliche politische Entscheidungen treffen (Schmitt, 2014, S. 31). Es besteht somit der Bedarf nach Vertrauen als Mechanismus, der Bürgern dazu verhilft mit dem wahrgenommenen Risiko in der Beziehung zu politischen Akteuren umgehen zu können.

2.1 Das kontingente Handeln politischer Parteien als Grundproblem

Ein grundlegendes Problem, mit dem sich Menschen moderner, funktional ausdifferenzierter Gesellschaften auseinandersetzen müssen, ist die Komplexität dieser Gesellschaften. Im Folgenden wird herausgestellt, dass Komplexität zwei Komponenten hat: eine rückwärtsgewandte und eine in die Zukunft gerichtete Komponente. Erstere richtet sich auf die Problematik der Einschätzung von Kausalzusammenhängen einer beobachteten Wirkung. Die in die Zukunft gerichtete Komponente bezieht sich auf die unsichere Wirkung einer aus der Überfülle an Möglichkeiten verwirklichten Handlung (Luhmann, 1968, S. 1–6; Renn & Klinke, 2012, S. 61). So können Menschen bei rückwärtsgewandten Ursachenzuschreibungen von bestimmten beobachteten Wirkungen in einer gegebenen Situation nicht automatisch auf die für die Wirkung verantwortlichen Ursachen schließen. Es gibt zahlreiche intervenierende Größen, welche die Beziehung von Ursache und Wirkung beeinflusst haben konnten oder beeinflussen können. Faktoren, wie eine zeitverzögerte Wirkung von bestimmten Ursachen, individuelle Unterschiede etc., vergrößern die Komplexität der Zusammenhänge zusätzlich (Renn & Klinke, 2012, S. 61; Renn, 2009, S. 34). „Komplexität verweist auf Kausalzusammenhänge, die nur schwer zu identifizieren und zu quantifizieren sind.“ (Renn, 2009, S. 34) Somit sind diese komplexen Ursache-Wirkungs-Beziehungen für Individuen oft nicht direkt beobachtbar.

Ein Ansatz, welcher die in die Zukunft gerichtete Komponente von Komplexität hervorhebt, ist jener von Luhmann (1968, S. 1–6). Demnach bedeutet Komplexität „die *Überfülle der Möglichkeiten des Erlebens und Handelns*, von denen in einer gegebenen Situation immer nur eine beschränkte Auswahl verwirklicht werden kann“ (Schneider, 2009, S. 251, H.i.O.). Unter Berücksichtigung der rückwärtsgewandten Komponente der Komplexität bedeutet dies, dass jene erlebten Ereignisse, deren Kausalzusammenhänge nur schwer nachvollzogen werden können, wiederum zu einer Überfülle an möglichen Handlungen führen. Die mit einer Handlung intendierte Wirkung muss allerdings nicht zwangsläufig erfolgen, weil es potenziell unzählige intervenierende Variablen gibt, welche die intendierte Wirkung beeinflussen können. In Anlehnung an die bisherigen Ausführungen von Renn (2009, S. 34; Renn & Klinke, 2012, S. 61) und Luhmann (1968, S. 1–6; vgl. auch Schneider, 2009, S. 251–254) werden für die Definition des Komplexitätsbegriffs die beiden beschriebenen Aspekte, die sich zum einen auf die Vergangenheit und zum anderen auf die Zukunft beziehen, integriert:

Komplexität ist eine Überfülle an Möglichkeiten des Erlebens, von denen in einer gegebenen Situation nur eine beschränkte Auswahl wahrgenommen wer-

den kann. Komplexität bedeutet, dass aufgrund einer unüberschaubaren Zahl an intervenierenden Einflussfaktoren, von denen nur eine beschränkte Auswahl wahrgenommen werden kann, und welche die Kausalzusammenhänge schwer identifizierbar und quantifizierbar machen, die erlebten Ereignisse nicht automatisch einer verantwortlichen Ursache zugeordnet werden können. In die Zukunft gerichtet ermöglichen wiederum die erlebten Ereignisse, mit ihren schwer identifizierbaren und quantifizierbaren Kausalzusammenhängen, eine Überfülle an Möglichkeiten des Handelns, von denen nur eine beschränkte Auswahl verwirklicht werden kann. Bei der verwirklichten Auswahl des Handelns muss aufgrund der Überfülle an möglichen intervenierenden Einflussfaktoren eine intendierte Wirkung nicht automatisch erfolgen.

Die in die Zukunft gerichtete Komponente der Komplexität ist für Vertrauen besonders bedeutend, da Vertrauen, wie noch geklärt wird, eine in die Zukunft gerichtete Konstruktion ist (siehe Kapitel 3.1). Daher wird auf diese Komponente nun etwas ausführlicher eingegangen, indem Luhmanns Ausführungen dargelegt werden. Menschen registrieren ständig eine Auswahl an unzähligen Möglichkeiten, abhängig davon wohin sie sich bewegen, was sie sich anschauen, was sie hören etc. Somit ist die Konstruktion der Welt, d.h. die Wahrnehmung, die Unterscheidung und die Reflektion der Möglichkeiten die Zukunft zu gestalten, subjektabhängig. An die erlebten Möglichkeiten schließen unzählige potenzielle Handlungen an, die verwirklicht werden können. Realisierbar ist aber nur ein Bruchteil dieser Alternativen (Luhmann, 1968, S. 1–6; vgl. auch Schneider, 2009, S. 251–254). Die Welt ist demnach kontingent, d.h. sie lässt unzählige Möglichkeiten zu, die nicht alle Wirklichkeit werden können: „Kontingent ist etwas, was weder notwendig ist noch unmöglich ist; was also so, wie es ist (war, sein wird), sein kann, aber auch anders möglich ist.“ (Luhmann, 1984, S. 152)

Den Menschen ist die Komplexität der Welt bewusst. Sie beobachten wie Andere aus einer Unzahl an Möglichkeiten selektieren und müssen ebenso selber selektieren. So entsteht die Welt eines jeden Individuums durch eine beobachterabhängige Selektivität, z.B. in Form von Erwartungen. Mit Hilfe von Erwartungen bildet der Mensch ein Repertoire an reduzierten Möglichkeiten. Diese Erwartungen basieren auf dem gegenwärtigen Wirklichkeitserleben, d.h. auf der Differenz von Wirklichkeit und Möglichkeit, und schaffen Orientierung. Erwartungen sind quasi ein Filter des Erlebens. Allerdings ist das Eintreten der erwarteten Möglichkeiten nicht sicher, denn die Lebenserfahrungen bleiben kontingent. Unerwartetes kann zu einem Lernprozess führen, der dieses Erwartungsrepertoire aktualisiert. Es besteht also eine prinzipielle Offenheit für neue Erfahrungen und Handlungen. Gleichzeitig besteht durch die Kontingenz eine grund-

sätzliche Ungewissheit. Kontingenz bedeutet somit auch Unsicherheit (Luhmann, 1984, S. 139–141; Schneider, 2009, S. 251–254).

Beim Aufeinandertreffen zweier Individuen verdoppelt sich die Kontingenz. Beide Akteure haben Erwartungen, d.h. sie berücksichtigen ausgewählte Möglichkeiten, die jeweils kontingent sind. Es entsteht das Grundproblem der doppelten Kontingenz, welches ein „grundsätzliches Problem sozialen Handelns“ (Kohring, 2004, S. 90) ist. Macht ein Akteur seine kontingente Auswahl an Erlebens- und Handlungsmöglichkeiten von der Auswahl eines anderen Akteurs abhängig, die ebenfalls kontingent ist, dann kann dies zu Problemen bei der Verknüpfung der Handlungen dieser beiden Akteure führen. Das grundsätzliche Problem dabei ist, dass beide Akteure für einander intransparent sind. Eine Antizipation der möglichen Handlung des Gegenübers ist demnach zwar grundsätzlich möglich, das sichere Wissen darum wie der andere handeln wird, ist dagegen unmöglich. Es fehlen in der Regel ausreichende Informationen über das Gegenüber und dessen Handlungsalternativen und -motivationen. Das Gegenüber kann sich immer anders entscheiden als erwartet, was eine Enttäuschung der gebildeten Erwartungen zur Folge haben kann (Kohring, 2004, S. 90; Luhmann, 1984, S. 156; Schneider, 2009, S. 256–258). Dementsprechend beschreibt die doppelte Kontingenz soziale Komplexität bzw. eine deutliche Vergrößerung der Komplexität, mit der Menschen als soziale Akteure umgehen müssen.

In modernen, ausdifferenzierten Gesellschaften machen Menschen sich nicht nur von den Handlungen anderer Personen abhängig, sondern auch von den Handlungen von Organisationen in denen Expertenwissen zusammengefasst ist (Giddens, 1995, S. 40–42; Renn, 2010, S. 173). Auch die Handlungen von Organisationen, wie z.B. von politischen Parteien, sind kontingent. Politische Parteien werden in dieser Arbeit als auf Dauer angelegte korporative Akteure verstanden, in denen politisches Expertenwissen zusammengefasst ist. Sie sind ein Zusammenschluss aus politisch gleichgesinnten Menschen mit bestimmten politischen Vorstellungen, welche die Umsetzung dieser Vorstellungen anstreben. Ziel ist es in der Regel Regierungsverantwortung zu übernehmen (Schubert & Klein, 2011, S. 222). Das Handeln einer Partei besteht aus dem Handeln vieler politischer Einzelakteure. Die Mehrzahl der Parteimitglieder ist den Bürgern dabei unbekannt. Gleichzeitig ist mehr als nur ein Repräsentant der Partei bekannt. Wenn sich nun Bürger mit ihren kontingenten Erlebens- und Handlungsmöglichkeiten von denen des korporativen Akteurs Partei abhängig machen, dann machen sie sich im Grunde von den Erlebens- und Handlungsmöglichkeiten von zahlreichen Parteimitgliedern abhängig. In diesem Fall, in dem mehrere Akteure ihre kontingenten Erlebens- und Handlungsmöglichkeiten voneinander abhängig machen, kann von einem Problem der Multikontingenz gesprochen werden (Dittrich, Kron & Banzhaf, 2003; Kron, Schimack & Lasarczyk, 2003, S. 381). Soziales

Handeln zwischen Bürgern und politischen Parteien bedeutet demnach eine Potenzierung des Kontingenzproblems und somit der Komplexität.

Die Handlungen von korporativen Akteuren sind ungleich schwieriger zu antizipieren als die Handlungen von Einzelakteuren: „underdeterminacy is even more obvious when we are confronted with the collective or combined actions of multiple individuals, whose complex interrelations produce emergent qualities, collective outcomes unexpected from the position of each participant.“ (Sztompka, 1999, S. 23) Aus dem Grund ist die Verknüpfung der Handlungen von Bürgern mit denen von politischen Parteien problematisch. So kann z.B. eine politische Partei in dem Konflikt stehen, die politischen Präferenzen der Bürger allgemein berücksichtigen zu müssen, während sie sich gleichzeitig gegenüber den aktiven Mitgliedern der Partei verantworten muss. Deren Präferenzen müssen aber nicht mit denen der anderen Bürger übereinstimmen (Lösche, 2013, S. 13; Saalfeld, 2007, S. 126). In dem Fall ist eine Antizipation der kontingenten Handlungen politischer Parteien schwierig, weil ungewiss ist an welchen Bedürfnissen sich die Partei im Konfliktfall orientieren wird.

Es sei noch darauf hingewiesen, dass reine doppelte und multiple Kontingenz in einer gesellschaftlichen Wirklichkeit nicht besteht (Luhmann, 1984, S. 168). Es gibt Normen, Regeln und Gesetze, die das Handeln von sozialen Akteuren prägen und die Erfüllung von Erwartungen wahrscheinlicher werden lassen. Dadurch wird es bis zu einem gewissen Grad auch möglich das Handeln Anderer zu antizipieren. Für Organisationen sind solche Regeln, die sie sich auch selbst auferlegen, sogar konstitutiv (Endruweit, 1981, S. 17–18; siehe Kapitel 3.3) Politische Parteien sind Konstrukte mit bekannten Prozess- und Entscheidungsstrukturen, mit bekannten führenden Mitgliedern bzw. Repräsentanten, mit einer grundsätzlichen programmatischen Ausrichtung etc. (Bernauer et al., 2013, S. 286–287; Hakhverdian & Mayne, 2012, S. 741; Saalfeld, 2007, S. 123–124). Das Konstrukt politische Partei hilft Bürgern dabei Erwartungen zu bilden bzw. verschafft Bürgern eine gewisse Sicherheit bei der Ausbildung von Erwartungen (siehe Kapitel 3.2). Dennoch bleibt eine Antizipation des Handelns von politischen Parteien aufgrund der Multikontingenz grundsätzlich schwierig, zumal Bürger auch ein Informationsdefizit gegenüber politischen Akteuren haben (siehe Kapitel 2.3). Dadurch bleibt die Verknüpfung der Handlungen des Bürgers mit den kontingenten Handlungen politischer Parteien, z.B. in Form der Stimmabgabe bei einer Wahl, mit Unsicherheit verbunden. Wie beschrieben, ist nichts sicher, was kontingent ist. Kontingent bedeutet, dass es auch anders möglich sein kann (Luhmann, 1984, S. 47). Enttäuschungen von Erwartungen sind möglich und wahrscheinlich. Die Zukunft wird so problematisch (Kohring, 2004, S. 89–90).

2.2 Die Beziehung zwischen Bürgern und Parteien in einer Risikogesellschaft

Wie beschrieben macht Kontingenz eine Gesellschaft komplex. Komplexität wiederum kann dazu führen, dass bei der Verknüpfung der Eigenhandlung mit der Fremdhandlung eines anderen sozialen Einzelakteurs oder korporativen Akteurs eine Unsicherheit wahrgenommen wird. Es besteht eine Unsicherheit darüber, ob die eigenen Erwartungen erfüllt werden oder nicht. Darüber hinaus wird eine Erfüllung der Erwartungen zusätzlich deshalb unwahrscheinlicher, weil die Handlungen in einem gesellschaftlichen Kontext verknüpft werden, welcher an Risiken zunimmt. Dadurch kann die Unsicherheit verstärkt werden. Um das Risiko in einer Vertrauensbeziehung deutlich zu machen und den zunehmend riskanten Kontext zu beschreiben, in dem die Vertrauensbeziehung integriert ist, wird im Folgenden der Begriff Risiko definiert. Risiko wird häufig im Zusammenhang mit Vertrauen explizit oder implizit genannt. In einigen Vertrauensansätzen ist Risiko ein zentraler Begriff (vgl. z.B. Coleman, 1990, S. 91; Giddens, 1995, S. 45–51; Luhmann, 1968, S. 21–29; Mayer et al., 1995, S. 724–726; Offe, 2001, S. 249; Schweer & Thies, 2003, S. 13; Uslander, 2002, S. 17). Dennoch wird oft nur verkürzt wiedergegeben was darunter verstanden wird (Kohring, 2004, S. 89).

Risiko ist ein mentales Konstrukt, das dem Individuum hilft sich auf bestimmte Konsequenzen bei gewissen Handlungen einzustellen. Risiken, als subjektbezogene Produkte menschlichen Geistes, sind abhängig von der intuitiven Risikowahrnehmung (Jasanoff, 1999, S. 139; Renn, Schweizer, Dreyer & Klinke, 2007, S. 20). Unter dem Begriff Wahrnehmung werden hier „alle mentalen Prozesse verstanden, mit denen eine Person über die Sinne Signale aus der physischen Umwelt ebenso wie Informationen durch Kommunikation aufnimmt, verarbeitet und auswertet“ (Renn, 2010, S. 163). Potenzielle Risiken werden nach ihrer subjektiven Wahrnehmung eingestuft. Somit hängt das wahrgenommene Risiko u.a. davon ab, wie die Wirklichkeit interpretiert wird, welche Erlebnisse und Erfahrungen mit bisherigen Risiken gemacht wurden und wie die vermittelten Informationen über bestimmte Risiken verarbeitet werden (Renn, 2010, S. 163).

Zwei eng miteinander verwandte Begriffe sind Risiko und Gefahr. Gemeinsam haben die beiden Phänomene die Unsicherheit bezüglich zukünftiger Schäden. Mit einem Schaden ist eine persönliche Einbuße gemeint. Im allgemeinen Sprachgebrauch ist ein Schaden etwas, was eine Situation in eine negative, nicht wünschenswerte Weise verändert oder zu einem materiellen bzw. immateriellen Nachteil führt (Duden, 2014b). Es kann auch ein Nachteil sein, wenn ein möglicher Vorteil durch das Handeln einer anderen Person, durch eine Sache oder ein

Ereignis einer Person vorenthalten bleibt. Nach Luhmann (1991, S. 30–31) ist ein potenzieller Schaden eine Gefahr, wenn dieser der Lebensumwelt zugerechnet wird. In gefährlichen Situationen liegt die Ursache für die potenziellen Schäden außerhalb der eigenen Kontrolle, z.B. im Falle von Naturgewalten oder bei Entscheidungen anderer Personen oder Organisationen, von denen jemand abhängig ist, ohne einen Einfluss auf diese Entscheidungen zu haben. Risiko dagegen besteht, wenn ein potenzieller Schaden als Folge eigener Entscheidungen attribuiert wird, d.h. den eigenen Entscheidungen zugerechnet wird. So beschreibt Luhmann (2005b, S. 140) Krebs beispielhaft als ein Risiko für Raucher, weil diese sich aktiv für die gesundheitsschädliche Handlung entscheiden. Für Nichtraucher ist Rauchen eine Gefahr, weil diese krebsfördernde Handlung von anderen in der Lebensumwelt ausgeführt wird und Schäden durch Passivrauchen auftreten können. Risiko setzt somit ein Mindestmaß an Einflussnahme auf die Zukunft voraus. Im Gegensatz zur Gefahr kann die Höhe des Risikos in einem gewissen Umfang beeinflusst werden. Dadurch wird es möglich, die Handlungen zu modifizieren und so potenzielle Schäden zu vermeiden bzw. die negativen Folgen zu begrenzen. Weil Vertrauensgeber selber entscheiden, ob sie eine Vertrauensbeziehung eingehen oder nicht, mit dem möglichen Schaden, dass Vertrauensobjekte sie enttäuschen werden, handelt es sich bei einer Vertrauensbeziehung entsprechend auch um eine riskante Beziehung.

Egal ob in Vertrauensbeziehungen oder in anderen riskanten Situationen, das Abschätzen eines Risikos erfolgt nicht methodisch nach stringenten Analysekriterien. Stattdessen wird eine interessen geleitete Einschätzung nach Wahrnehmungsmustern durchgeführt, in die eigene Erfahrungen, Werthaltungen und äußere Reize einfließen. Diese in der Evolution entstandenen Wahrnehmungsmuster haben sich im Alltag bewährt (Renn, 2010, S. 163). Solche Wahrnehmungsmuster sind u.a. die Eigenschaften der Risikoquelle, der konkrete potenzielle Schaden, die Eigenarten der riskanten Situation, wie z.B. die persönliche Kontrollmöglichkeit und -fähigkeit, oder die Freiwilligkeit der Risikoübernahme. Informationen über den potentiellen Schaden, das Vertrauen in die öffentliche Kontrolle und in die Beherrschung von Risiken oder die Vertrauenswürdigkeit der Informationsquellen sind ebenfalls Wahrnehmungsmuster (Renn, 2010, S. 164–166).

Unter Berücksichtigung der Ausführungen von Renn (Renn et al., 2007, S. 20, 164–166) und Luhmann (1991, S. 30–31) wird Risiko für diese Arbeit wie folgt definiert:

Risiko ist ein auf die Zukunft gerichtetes, mentales Konstrukt über die Einschätzung von potenziellen Schäden, welche durch eigene Handlungen entstehen und bis zu einem gewissen Grad selber beeinflusst werden können. Dieses mentale

Konstrukt ist durch die Faktoren Komplexität, Unsicherheit und Ambiguität charakterisiert.

Die drei Risikofaktoren Komplexität, Unsicherheit und Ambiguität haben Renn und seine Kollegen (Renn & Klinke, 2012, S. 60–63; Renn et al., 2007, S. 164–166) beschrieben. Komplexität wurde bereits im Kapitel 2.1 bestimmt. Komplexität führt zu Unsicherheit, weil Komplexität Menschen dazu zwingt zu selektieren und der Selektionszwang wiederum Kontingenz bedeutet (Luhmann, 1984, S. 47). Die durch die Komplexität entstehende Unsicherheit wird in dieser Arbeit aus einer entscheidungs- und handlungstheoretischen Perspektive wie folgt abgeleitet:

Unsicherheit ist ein Zustand, in dem hinsichtlich der Zukunftserwartungen eines Handelnden ein Mangel an Sicherheit bewusst wahrgenommen wird. Der Ausgang einer Handlung kann viele mögliche Ergebnisse haben, welche der Handelnde nicht mit Sicherheit vorhersagen kann. Im Zustand der Sicherheit dagegen glaubt der Handelnde die Folgen seiner Handlung vorhersagen zu können.

Laut Renn und Klinke (2012, S. 61–62; vgl. auch Renn, 2009, S. 34) gründet Unsicherheit auf unvollständigem oder nicht vorhandenem Wissen¹. Das macht es schwierig das Eintreten oder die Wahrscheinlichkeit des Eintretens von potenziellen Schäden einzuschätzen. Die Komplexität, also die Vielzahl und die Variation an Variablen und Parametern, die die Wirkung von Handlungen und Ereignissen beeinflussen können, ebenso wie die Unbestimmtheit der Zusammenhänge sowie das fehlende Wissen über die Wahrscheinlichkeit des Eintretens eines Ereignisses, fördern die wahrgenommene Unsicherheit.

Die Generierung von Wissen kann die Unsicherheit und somit Risiko reduzieren, wobei Wissen nie vollständig sein kann. Allerdings ist es kein Automatismus, dass Wissen zu einer Reduzierung des wahrgenommenen Risikos führt. Der Grund dafür ist der dritte Risikofaktor Ambiguität. „Ambiguity indicates a situation of ambivalence in which different and sometimes divergent streams of thinking and interpretation about same risk phenomena and their circumstances are apparent.” (Renn & Klinke, 2012, S. 62) Grundlegend für diese Problematik ist der Unterschied zwischen Wissen und die Bewertung des Wissens. Trotz des gleichen Wissens kann durch Ambiguität eine unterschiedliche Bewertung und Interpretation der Informationen stattfinden, z.B. aufgrund unterschiedlicher Normen und Werte. Aufgrund der Ambiguität können Konsequenzen unter-

¹ Renn und Klinke (2012, S. 61–62) beziehen sich in ihren Ausführungen auf eine wissenschaftliche Unsicherheit. Ihre Annahmen wurden hier übertragen.

schiedlich interpretiert werden, woraus unterschiedliche Handlungsabsichten folgen können (Renn & Klinke, 2012, S. 62–63).

Ambiguität meint, dass eine Information mehr als eine Bedeutung haben und somit auf verschiedene Weise interpretiert werden kann.

Wie dargestellt sind Risiken also durch Komplexität, Unsicherheit und Ambiguität charakterisiert. Die Ausprägung der jeweiligen Faktoren kann sich jedoch in den jeweiligen riskanten Situationen unterscheiden (Renn & Klinke, 2012, S. 63).

Die Wahl von politischen Akteuren wird in dieser Arbeit als Verknüpfung der Handlungen von Wählern mit den kontingenten Handlungen von politischen Akteuren interpretiert. Diese Verknüpfung wird in einem zunehmend risikoreichen gesellschaftlichen Kontext durchgeführt. In modernen, ausdifferenzierten Gesellschaften werden wahrgenommene Gefahren von außerhalb, denen die Menschen früher passiv ausgesetzt waren, zunehmend zu Risiken transformiert. Ermöglicht wird diese Transformation durch die Generierung von Wissen durch Experten (Luhmann, 1993, S. 161–162). Experten helfen Gefahren, deren Entwicklung sehr schwierig nachvollzogen werden können, wie z.B. Gesundheitsschäden durch Rauchen und schlechte Ernährung, zu erkennen und deren Auswirkungen zu verdeutlichen. Durch das Aneignen von Expertenwissen wird es Bürgern möglich, denkbare negative Handlungsfolgen, d.h. Risiken, zu antizipieren und ein persönliches Risikomanagement zu betreiben. Grundlage für eine solche Aneignung von Wissen ist das Vertrauen in die Experten, die eine solche Risikoabschätzung vornehmen (Giddens, 1995, S. 40–42; Renn, 2010, S. 173).

Allerdings wird es für die Experten immer schwieriger die ausgemachten Risiken zu regeln und zu bearbeiten. Moderne Gesellschaften unterliegen einem enormen sozialen, politischen und ökonomischen Wandel. Die einzelnen gesellschaftlichen Teilbereiche sind auf allen Ebenen oft unüberschaubar miteinander vernetzt und die Interdependenz dieser Bereiche steigt. Menschen sind heute Teil größerer, offener Netzwerke, in denen die Mitglieder in einer losen Beziehung zueinander stehen. Sie kooperieren mit anderen Menschen, die räumlich weit verteilt sind. Das Tempo der Wandlungsprozesse wird durch den stetigen technischen Fortschritt immer schneller und die Auswirkungen intensiver (K.S. Cook & Cook, 2011, S. 236, 244; Sztompka, 2006, S. 905–906). Risiken, deren globale Stärke alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Differenzierungen überschreitet, nehmen zu (Giddens, 1995, S. 157). Solche Risiken sind sog. systemische Risiken. „Systemische Risiken beziehen sich [...] auf *hochgradig vernetzte Problemzusammenhänge mit schwer abschätzbaren Breiten- und Langzeitwir-*

kungen, deren Beschreibung, Bewertung und Bewältigung mit erheblichen *Wissens- und Bewertungsproblemen* verbunden sind.“ (Renn et al., 2007, S. 176, H.i.O.) Systemische Risiken „affects the systems on which society depends – health, transport, environment, telecommunications, etc.“ (OECD, 2003, S. 30) Systemische Risiken sind Risiken der Moderne, die Grenzen überschreiten. Die Folgen systemischer Risiken reichen über den individuellen Schadensbereich und den Ort ihrer Entstehung weit hinaus. So können systemische Risiken transnationale Wirkungen haben. Sie können zudem systemübergreifende Folgen haben und zentrale gesellschaftliche Systeme, wie die Wirtschaft, die Finanzwelt und die Politik betreffen. Diese systemischen Risiken zeichnen sich darüber hinaus durch ein hohes Maß an Komplexität, Unsicherheit und Ambiguität aus. Deswegen sind diese Risiken mit erheblichen Wissens- und Bewertungsproblemen verbunden (Renn et al., 2007, S. 176–181). Schwerwiegende Folgen solcher systemischen Risiken der letzten Jahre waren z.B. globale Finanzkrisen oder Umweltschäden durch Atomreaktorkatastrophen.

Diese Erkenntnisse führen zu einem für Vertrauen in politische Akteure essenziellen Punkt: Die gesellschaftlichen Risiken machen die Vertrauensbeziehung von Bürgern zu politischen Akteuren zusätzlich riskant. Zunächst einmal sind die kontingenten Handlungen politischer Akteure generell oft riskant (Luhmann, 1991, S. 155). Politische Akteure müssen in ihrem Alltag politische Entscheidungen treffen, deren tatsächliche Auswirkungen sich aufgrund der Komplexität der Gesellschaft meist erst im Nachhinein zeigen. Darüber hinaus ist die Verknüpfung der Handlung der Bürger mit jenen von politischen Akteuren in ein Umfeld eingebettet, in dem durch den technischen Fortschritt potenzielle systemische Risiken stetig zunehmen, wodurch sich die Komplexität politischer Prozesse erhöht. Bürger haben die Erwartung, dass vor allem politische Entscheidungsträger die Zukunft einer Gesellschaft in ihrem Sinne gestalten und antizipativ auf mögliche gesellschaftliche Gefährdungen reagieren. Politische Parteien sollen den gesellschaftlichen Wandel beobachten, eine Risikoabschätzung vornehmen und politische Konzepte vorlegen, um diesen Wandel zu gestalten. Es besteht die Erwartung der Bürger, dass die Politik sie vor negativen Ereignissen schützt oder die Folgen für die Bürger begrenzt und mögliche Risiken minimiert. Politische Akteure können ein Risikomanagement betreiben, das der einzelne Bürger nicht leisten kann (Gabriel, 2002b, S. 494; Newton, 2001, S. 211; Renn et al., 2007, S. 16). Aufgrund der Zunahme systemischer Risiken wird es für politische Akteure allerdings schwieriger dieser Aufgabe und diesen Erwartungen gerecht zu werden. So sind sie selber in erheblichem Maße von Expertenwissen aus den jeweiligen gesellschaftlichen Teilbereichen abhängig (U. Beck, 1986, S. 357–359). In einer modernen, unüberschaubaren, riskanten, industrialisierten

Gesellschaft wird es für politische Akteure zunehmend schwieriger Lösungen für politische Probleme zu entwickeln sowie effektive, erwartungsgemäße politische Entscheidungen zu treffen. Entsprechend wird es für die Akteure auch schwieriger ihre (beabsichtigten) Handlungen zu kommunizieren, um so die Bürger dazu zu bringen ihre Handlung mit den eigenen Handlungen zu verknüpfen (Schönherr-Mann, 2002, S. 3). Dadurch wird die Vertrauensbeziehung zu politischen Akteuren riskanter. Diese Tatsache ist für das Verstehen von Vertrauen bedeutend, weil es „gerade die Risikowahrnehmung [ist, Anm. d. Verf.], die überhaupt erst Vertrauen ermöglicht und notwendig macht“ (Kohring, 2004, S. 89, vgl. auch 2008, S. 613).

Übertragen auf den Wahlkontext können Bürger in der Beziehung zu politischen Akteuren ein Risiko wahrnehmen, wenn sie es für möglich halten, dass mit der Wahl einer Partei Schäden für sie entstehen können. In dieser Arbeit werden Wahlen in Demokratien als potenziell riskant und nicht gefährlich interpretiert, weil Bürger zwischen verschiedenen politischen Akteuren entscheiden können: Bürger haben die Kontrolle über ihre Wahlstimme und haben die Wahl zwischen verschiedenen politischen Akteuren. Der potenzielle Schaden der Stimmabgabe für den Wähler besteht in der Enttäuschung ihrer Erwartungen durch die gewählten politischen Akteure nach der Wahl. Erwartungen an politische Akteure im Kontext von Wahlen können sich auf die unterschiedlichsten Handlungsfelder beziehen, wie das Einführen eines Mindestlohns, den Ausbau der Plätze in den Kindertagesstätten, die Erhöhung der Rente etc. Erfolgt eine Enttäuschung solcher Erwartungen, indem die gewählten politischen Akteure ihre politische Macht anders nutzen als erwartet, wäre dieser Schaden eine Folge der eigenen Stimmabgabe.

Die bisherigen Ausführungen machen schließlich deutlich, dass ein Mindestmaß an Informationen vorhanden sein muss, damit Bürger ein Risiko wahrnehmen und einschätzen können. Entsprechend dem Risikofaktor Ambiguität können Bürger dabei zwar aufgrund der verschiedenen Interpretationen der gleichen Informationen zu unterschiedlichen Risikowahrnehmungen kommen, jedoch ist die Kenntnis von Informationen die Voraussetzung für eine Bewertung dieser Informationen. Das führt zu einem weiteren zentralen Problem in der Beziehung zwischen Bürgern und politischen Akteuren, nämlich dem der Informationsasymmetrie zugunsten politischer Akteure. Das Informationsdefizit erschwert es Bürgern Erwartungen zu bilden und das Handeln politischer Akteure zu antizipieren, wie im folgenden Teilkapitel noch genauer dargestellt wird. Folglich erschwert es die Informationsasymmetrie den Bürgern auch die Folgen der eigenen Stimmabgaben einzuschätzen.

2.3 Die Asymmetrie von Informationen zugunsten von Parteien als Risikofaktor

Risikant ist eine Verknüpfung der Eigenhandlung der Bürger mit der Fremdhandlung politischer Akteure nicht nur aufgrund der Kontingenz der Handlungen von politischen Akteuren sowie der Komplexität moderner Gesellschaften samt ihrer systemischen Risiken. Risikant ist eine solche Verknüpfung der Handlungen auch, weil in der Beziehung zwischen Bürgern und politischen Akteuren eine Asymmetrie der Informationen zugunsten der politischen Akteure besteht. Politiker sind dabei Experten des Systems Politik. Parteien wiederum werden in der Regel von Politikern geführt. Diese bestimmen das Handeln des korporativen Akteurs maßgeblich. In Parteien ist das Wissen der politischen Experten gebündelt. Entsprechend besteht auch bei Parteien ein Informationsvorsprung gegenüber Bürgern (Geys & Mause, 2012, S. 256; Lösche, 2013, S. 26–30). Dieser Informationsnachteil auf Seiten der Bürger erschwert eine Antizipation des Handelns politischer Akteure zusätzlich. Die grundlegende Frage für Bürger ist, ob politische Akteure ihren Wissensvorsprung nutzen, um im Sinne der Bürger zu handeln, oder ob sie primär egozentrische Motive verfolgen. Wie gewährleistet werden kann, dass politische Akteure Entscheidungen zum Wohle der Bürger treffen, ist in repräsentativen Demokratien ein zentrales Problem (Geys & Mause, 2012, S. 255–256; McCubbins, Noll & Weingast, 1987, S. 243). Um das grundlegende Problem der Informationsasymmetrie in der Beziehung zwischen Bürgern und politischen Akteuren konkret zu beschreiben, wird hier der aus dem Bereich der neuen Institutionenökonomik stammende Prinzipal-Agent-Ansatz der Wirtschaftswissenschaft herangezogen (vgl. z.B. Akerlof, 1970; Grossman & Hart, 1983; Laffont & Martimort, 2002; Ross, 1973). Dieser Ansatz wurde bereits auf den politischen Kontext übertragen, um die sich aus der Informationsasymmetrie ergebenden Probleme in der Beziehung zwischen Bürgern und politischen Akteuren zu verdeutlichen (vgl. z.B. Mitchell, 2000; Müller, 2000)².

Ausgangspunkt des Ansatzes ist eine dyadische Vertragsbeziehung zwischen einem Auftraggeber (Prinzipal) und einem Auftragnehmer (Agent). Der

2 Im politischen Kontext wurde der Prinzipal-Agent-Ansatz auf diverse Bereiche und Beziehungen übertragen. So wurde auf Grundlage des Ansatzes u.a. die Beziehung zwischen dem U.S.-Kongress bzw. dem U.S.-Präsidenten und Bürokraten beschrieben (vgl. z.B. Hammond & Knott, 1996; McCubbins et al., 1987; Weingast, 1984), ebenso die Delegation von Befugnissen der Bürger zu ihren Repräsentanten bzw. der Mitgliedsstaaten der EU zu der Europäischen Kommission oder das Verhältnis von Parteimitgliedern und der Parteiführung (vgl. z.B. Damro, 2007; De Bièvre & Dür, 2005; Kassim & Menon, 2003; Pollack, 2003; Saalfeld, 2000; Strøm, 2000). Müller (2000, S. 312) beschreibt in diesem Zusammenhang eine Kette der Delegation von Macht in einer parlamentarischen Demokratie, die die verschiedenen Prinzipal-Agent-Beziehungen im politischen Kontext deutlich machen (vgl. auch Saalfeld, 2000).

Prinzipal ist ein Akteur mit begrenzter Rationalität aufgrund unvollständiger Informationen und beschränkter kognitiver Fähigkeiten in einer komplexen Welt (Ripperger, 1998, S. 20–22). Er beauftragt einen Agenten, damit dieser bestimmte Aufgaben oder Tätigkeiten für ihn ausführt. Der Agent besitzt die dafür benötigten Kenntnisse, Fähigkeiten und Ressourcen, über die der Prinzipal nicht verfügt. Der Prinzipal-Agent-Ansatz thematisiert aus Sicht des Prinzipals schwer vorhersehbares Verhalten eines Agenten. Er geht davon aus, dass es nicht gelingt das Verhalten des Agenten mit Regeln oder Verträgen vollständig zu steuern, bzw. dass die ordnungsgemäße Erfüllung der ausgedrückten Erwartungen nicht durch formale Regeln und Verträge garantiert werden kann (Preisendörfer, 1995, S. 265; Schreyögg, 2008, S. 360–361; Williamson, 1985, S. 178). Übertragen auf den Untersuchungskontext dieser Arbeit sind Bürger in repräsentativen Demokratien die Prinzipale, welche politische Akteure als Agenten beauftragen (vgl. z.B. Plotke, 1997, S. 30–32; Wittman, 1995, S. 20)³. „Voters and citizens are the ultimate principals of the policymaking process.“ (Weingast, 1984, p. 151; vgl. auch Mitchell, 2000, p. 335; Strøm, 2000, p. 267) Die Beziehung zwischen Bürgern und politischen Akteuren kann zwar nicht vertraglich geregelt werden (Coleman, 1990, S. 98–99), die Wahl der politischen Akteure ist aber in dem Fall ein Äquivalent zu einem Vertragsabschluss. In Parteiendemokratien bieten Parteien einen „implicit contract“ (Jones & Hudson, 1998, S. 185) zwischen Wählern und politischen Akteuren an.

Durch Wahlen erhalten politische Akteure Handlungs- und Entscheidungsbefugnisse. In repräsentativen Demokratien sind Parlamente und insbesondere Regierungen mit umfassenden Kompetenzen und Ressourcen wie Macht und Geld ausgestattet (Gabriel, 2002b, S. 494). Bürger haben allerdings keine direkte Kontrolle über die Politiker und politischen Parteien. Zudem besteht eine asymmetrische Informationsverteilung zu Gunsten der politischen Akteure. Bürger können diese Asymmetrie nicht aufheben und Kontrolle ausüben. Dies wollen sie auch nicht, weil damit sehr hohe Informationskosten einhergingen (Schmitt, 2014, S. 30–31; Strøm, 2000, S. 266–267). Entsprechend der Theorie kann es bei jeder Übertragung von Aufgaben zu einer Diskrepanz zwischen der optimalen Leistung, die für den Prinzipal möglich wäre, und dem, was der Agent tatsächlich leistet, kommen (*agency loss*). Politische Akteure können den Informationsvorsprung ausnutzen, um ihren eigenen Nutzen zu maximieren, zum Nachteil der Bürger (Kiewiet & McCubbins, 1991, S. 5; Pollack, 2003, S. 26–29).

3 Betont sei hier, dass Akteure in der Wirtschaft unter anderen Bedingungen agieren als politische Akteure. Die Delegation von Macht und somit die Handlungen von politischen Akteuren sind in Demokratien konstitutionell verankert. Dadurch sind deren Aufgaben und Rollen wesentlich festgeschrieben. Dennoch bleibt es den politischen Akteuren selbst überlassen, wie genau sie ihre Rollen ausfüllen.

Entsprechend der verschiedenen Phasen einer dyadischen Vertragsbeziehung werden im ursprünglichen Prinzipal-Agent-Ansatz vier aus der asymmetrischen Informationsbeziehung entstehende Probleme beschrieben (Schreyögg, 2008, S. 361). Übertragen auf die Beziehung zwischen Bürgern und politischen Akteuren besteht das Problem der versteckten Charakteristika (*hidden characteristic*), wenn die Fähigkeiten, Eigenschaften und Programme des politischen Akteurs dem Bürger vor der Wahl relativ unbekannt sind. Das Problem der versteckten Eigenschaften besteht auch noch nach der Wahl, wenn die Politiker und politischen Parteien mit ihren Programmen unbekannt bleiben. Aufgrund der fehlenden Kenntnisse der Eigenschaften und Fähigkeiten der politischen Akteure besteht die Unsicherheit einer adversen Selektion. Der Bürger nimmt an, den politischen Akteur gewählt zu haben von dem er überzeugt ist, dieser könne die aus seiner Sicht drängenden politischen Probleme lösen. Tatsächlich besitzt der Akteur die dafür nötigen Fähigkeiten und Ressourcen nicht (Mitchell, 2000, S. 337; Ström, 2000, S. 278–279). Erschwert wird die Einschätzung der Politiker und Parteien aus Sicht der Bürger zusätzlich dadurch, dass diese vor der Wahl versuchen sich in einem positiven Licht darzustellen und Schwächen nach Möglichkeit verheimlichen.

Nach der Wahl kann es zu Problemen führen, wenn die Handlungen der Politiker und Parteien nicht beobachtet werden können. Bei diesem Problem der versteckten Handlungen (*hidden action*) sind die Ergebnisse der Handlung der politischen Akteure dem Bürger zwar bekannt, z.B. in Form von Beschlüssen und Gesetzen. Die Handlungen und die Prozesse, die zu den politischen Entscheidungen geführt haben, bleiben allerdings verborgen. Das Wissen um mögliche Alternativen, die hätten berücksichtigt werden können, fehlt (Kiewiet & McCubbins, 1991, S. 25–26). Das Problem der versteckten Informationen (*hidden information*) besteht dagegen, wenn die Bürger die Informationen der politischen Akteure nicht kennen oder diese nicht einordnen können (Benz, 2002, S. 284; Kiewiet & McCubbins, 1991, S. 25). Bei Letzterem sind die Aktivitäten der politischen Akteure für Bürger zwar beobachtbar, die Bürger können diese aber aufgrund mangelnder Fachkenntnis nicht beurteilen. Bürger können in dem Fall mit den Informationen nichts anfangen.

Im Problemfall der versteckten Handlungen und Informationen können Bürger nicht beurteilen, ob die Politiker bzw. die politischen Parteien das Richtige und Notwendige unternehmen, um das Optimale für die Bürger zu erreichen. Die Handlungen der Politiker und der politischen Parteien können nur schwer beurteilt werden, ebenso ob sie ihr tatsächliches Leistungsvermögen ausgeschöpft oder ihren Einsatz absichtlich vermindert haben (*Shirking*) (Benz, 2002, S. 284; Mitchell, 2000, S. 337). Dementsprechend besteht für Bürger das Risiko,

dass politische Akteure sie gerade noch zufriedenstellen wollen und sie den Aufwand dafür aber so gering wie möglich halten. Auch wenn die Möglichkeiten dafür vorhanden wären, ein für die Bürger noch besseres Ergebnis zu erzielen, werden diese Möglichkeiten nicht genutzt und ihnen vorenthalten, weil der Mehraufwand nicht im Interesse der politischen Akteure ist. Darüber hinaus besteht immer die Unsicherheit, dass politische Akteure nur auf ihre eigenen Vorteile bedacht sind und die Informationsasymmetrie nutzen, um die Bürger zu täuschen (*Moral hazard*) (Mitchell, 2000, S. 337–338; Schreyögg, 2008, S. 361; Strøm, 2000, S. 270–271). Williamson (1990, S. 54) spricht beim absichtlichen Betrügen zum eigenen Vorteil durch den Agenten von Opportunismus. Er meint damit die vorsätzlichen Versuche des Agenten mittels unvollständiger und verzerrter Weitergabe von Informationen irrezuführen, zu verzerren, zu verbergen, zu verschleiern oder zu verwirren. Dadurch kann die Informationsasymmetrie künstlich herbeigeführt bzw. zusätzlich vergrößert werden.

Schließlich können die verborgenen Absichten bzw. Ziele der Agenten problematisch sein (*hidden intention*) (Göbel, 2002, S. 103; Schreyögg, 2008, S. 361). Übertragen auf politische Akteure als Agenten können deren Handlungen ebenso wie die Informationen den Bürgern bekannt sein. Nach der Wahl geraten Bürger aber in eine gewisse Abhängigkeit zu den politischen Akteuren, wenn diesen entsprechende politische Handlungsaufträge erteilt wurden. In dieser Situation können Parteien und Politiker dieses Abhängigkeitsverhältnis ausnutzen und ihre Ziele verfolgen, die wiederum den Bedürfnissen der Bürger nicht entsprechen müssen (*hold up*).

In der Beziehung zwischen dem Prinzipal und dem Agenten entstehen die vier beschriebenen Probleme der Informationsasymmetrie meist nicht isoliert voneinander, sondern hängen miteinander zusammen. Zudem hängt das Ausmaß der Probleme von den Rahmenbedingungen und der Ausprägung der Informationsasymmetrie ab (Göbel, 2002, S. 111–112).

Die Anwendung des Prinzipal-Agent-Ansatzes im Kontext der Untersuchung von Vertrauen in politische Akteure ist nicht ganz unproblematisch. So wurde in diesem Abschnitt nicht die ganze Komplexität der politischen Prozessen bei der Beschreibung der Beziehung zwischen Bürgern und politischen Akteuren dargestellt. Es gibt in Parteiendemokratien in der Regel mehrere politische Parteien zwischen denen sich Bürger entscheiden können. Entsprechend ist es keine Beziehung zwischen einem Prinzipal und einem Agenten, sondern eine Multipel-Prinzipal und Multipel-Agent-Beziehung. Ebenso blieben bisher mehrstufige Prinzipal-Agent-Beziehungen unberücksichtigt, in denen Agenten oft mehrere Aufgaben übernehmen (Mitchell, 2000, S. 337; Saalfeld, 2000, S. 355; Strøm, 2000, S. 269). Somit ist die Beziehung zwischen Bürgern und politischen Partei-

en deutlich vielschichtiger als in diesem Abschnitt dargestellt. Die vereinfachte Beschreibung einer dyadischen Prinzipal-Agent-Beziehung reicht allerdings aus, um die aus der Informationsasymmetrie entstehenden Probleme und Risiken für Bürger darzustellen, wie z.B. die sich aus den versteckten Charakteristika und Handlungen von politischen Akteuren ergebenden Probleme.

Darüber hinaus beanstandet Schreyögg (2008, S. 362), dass in dem Prinzipal-Agent-Ansatz die Funktionsfähigkeit einer formalen Ordnung völlig negiert wird. Entgegen dieser Kritik wird in dieser Arbeit die Bedeutung einer formalen Ordnung und deren Funktionieren für das Entstehen einer Beziehung zwischen Bürgern und politischen Parteien betont. Eine formale Ordnung prägt sowohl das Handeln der Bürger als auch das der politischen Parteien (Mitchell, 2000, S. 340–344; siehe auch Kapitel 3.3).

In Bezug auf Vertrauen bezeichnet Schreyögg (2008, S. 362) es als „reichlich konstruiert“, Vertrauen als Alternative in das Kalkül des Prinzipals einzubauen. Der Aussage wird in der Hinsicht zugestimmt, dass Vertrauen nicht kalkuliert eingesetzt werden kann. Der ursprüngliche Prinzipal-Agent-Ansatz betrachtet den Menschen als einen Nutzenmaximierer, der nur nach Rationalitätsannahmen handelt (Göbel, 2002, S. 100). Eine solche Sicht des Menschen widerspricht allerdings dem dieser Arbeit zugrunde liegenden Vertrauensverständnis. Deswegen wird diesem Menschenbild der Rational Choice Theorie hier nicht gefolgt. Abgesehen davon ist eine Kalkulation von Vertrauensbeziehungen schwierig, weil die Erwartungen, auf die sich Vertrauen bezieht, meist nicht konkret formuliert werden und die Ausgestaltung der Vertrauensbeziehung dem Vertrauensobjekt überlassen wird (Kohring, 2004, S. 116; Ripperger, 1998, S. 20–22; siehe auch Kapitel 3.3).

Trotz der Kritik liefert der Prinzipal-Agent-Ansatz wertvolle Hinweise für das Verstehen der Bedeutung von Vertrauen, weil er zum einen implizit die Folgen der zunehmenden funktionalen Ausdifferenzierung der Gesellschaft aufgreift. In einer solchen durch Spezialisierung geprägten Gesellschaft sind Individuen auf die Leistungen von Agenten angewiesen. „Whenever one individual depends on the action of another, an agency relationship arises.“ (Pratt & Zeckhauser, 1985, S. 2) Repräsentative Demokratien können ohne eine solche Delegation der Aufgaben an politische Akteure nicht funktionieren (Mitchell, 2000, S. 337). Zum anderen verdeutlicht der Ansatz die durch die asymmetrische Informationsverteilung bestehenden potenziellen Probleme. Er beschreibt die begrenzte Rationalität der Bürger sowie den potentiellen Opportunismus von politischen Akteuren. Dies macht die Beziehung zwischen Bürgern und politischen Akteuren riskant. Entgegen der Annahmen von Schreyögg kann Vertrauen prinzipiell auch in einen Prinzipal-Agent-Ansatz verortet werden, denn Vertrauen wird hier nicht nur als eine „emotional verankerte Attribution“ (Schreyögg,

2008, S. 362) verstanden. Vielmehr ist Vertrauen eine Verarbeitungsstrategie, um mit den durch die Informationsasymmetrie wahrgenommenen Risiken in einer Beziehung umzugehen. Solche Risiken können in Prinzipal-Agent-Beziehungen wahrgenommen werden, weil diese nie vollständig geregelt und durch Kontrolle abgesichert werden können. Gerade das macht Vertrauen im Kontext einer Prinzipal-Agent-Beziehung bedeutend (Akerlof, 1970, S. 500; Göbel, 2002, S. 118–120). Die beschriebene Informationsasymmetrie macht die Notwendigkeit von Vertrauen in diesem Kontext deutlich, denn „the less information we have, the more trust we need“ (Hawthorn, 1988, S. 114).

2.4 Zusammenfassung: Die Stimmabgabe als riskante Handlung für Bürger

In diesem Kapitel wurden Grundprobleme skizziert, welche die Beziehung zwischen Bürgern und politischen Akteuren als problembehaftet aufzeigen. Zunächst ist da die Komplexität politischer Prozesse aufgrund der unüberschaubaren Zahl an intervenierenden Einflussfaktoren, die politische Sachverhalte beeinflussen können. Insbesondere für Bürger als Laien wird es schwierig Kausalzusammenhänge der politischen Probleme zu identifizieren. Die Komplexität politischer Sachverhalte bedeutet die Überfülle an möglichen Optionen der politischen Akteure, um auf politische Probleme reagieren zu können. Das macht es für Bürger schwierig, die Handlungen politischer Akteure zu antizipieren. Die Handlungen politischer Akteure sind dabei kontingent, d.h. es ist auch immer alles anders möglich. Durch die Probleme der Komplexität und der Kontingenz wird eine Enttäuschung von Erwartungen der Bürger, die in politische Akteure gesetzt wurden, möglich und wahrscheinlich. Zudem sind die Entscheidungen der politischen Akteure oft riskant, weil deren tatsächliche Auswirkungen aufgrund der Komplexität erst im Nachhinein deutlich werden. Erschwerend kommt noch hinzu, dass die Beziehung zwischen Bürgern und politischen Akteuren in eine Gesellschaft eingebettet ist, in der systemische Risiken zunehmen. Aufgrund der Intensität und des Tempos gesellschaftlicher Wandlungsprozesse entstehen Komplexität, Unsicherheiten und Unkalkulierbarkeiten, d.h. die Risiken des Lebens wirken sich auch auf das alltägliche Handeln aus (Giddens, 1995, S. 138–139; Mancini & Swanson, 1996, S. 7–9; Sztompka, 2006, S. 905–906). Eine solche Risikogesellschaft macht eine Verknüpfung der Eigenhandlung mit der Fremdhandlung von politischen Akteuren für Bürger zusätzlich unsicher und riskant, denn in einer solchen Gesellschaft wird es auch für Experten zunehmend schwieriger ihre Aufgaben erwartungsgemäß zu erfüllen. Schließlich besteht auf Seiten der politischen Akteure ein Wissensvorsprung, der zu Gunsten oder zu

Ungunsten von Bürgern eingesetzt werden kann. Bestehen unzureichende Informationen über die Fähigkeiten und Eigenschaften politischer Akteure, über deren beabsichtigten Handlungen und Ziele sowie über politische Sachverhalte, kann ein mögliches opportunistisches Handeln politischer Akteure von den Bürgern nur schwer antizipiert bzw. erkannt werden. Diese Grundprobleme führen dazu, dass die Stimmabgabe bei einer Wahl, welche als die Verknüpfung der eigenen Handlung der Bürger mit der Fremdhandlung politischer Akteure interpretiert wird, als riskant wahrgenommen werden kann. Für Bürger kann dieses wahrgenommene Risiko im Zusammenhang mit der Stimmabgabe zu einem Problem werden, weil sie als Laien auf das Expertenwissen von politischen Akteuren angewiesen sind. Der einzelne Bürger kann keine kollektiv verbindlichen Entscheidungen treffen. In einer durch Arbeitsteilung und Spezialisierung geprägten Gesellschaft fehlen ihm dafür das Wissen, die Fähigkeiten sowie die Befugnisse Macht auszuüben. Er hat auch nicht die notwendigen Ressourcen und oft ebenfalls nicht die Motivation dafür das Wissen und die Fähigkeiten zu erwerben (Schmitt, 2014, S. 30–31; Strøm, 2000, S. 266–267)⁴. Zudem können die zukünftig durch politische Akteure getroffenen Entscheidungen weitreichende Wirkungen im Leben der Bürger haben (Wittman, 1995, S. 11–12). Somit erbringen Bürger mit ihrer Stimmabgabe eine riskante Vorleistung (Wachtel, 1988, S. 14). Für politische Akteure kann dieses Risiko wiederum zu einem Problem werden, weil dadurch eine Verknüpfung der Handlungen ungewiss wird. Dabei sind politische Akteure von dieser Verknüpfung der Handlungen in Form der Stimmabgabe abhängig (Schmitt, 2014, S. 11).

Wahlkämpfe sind eine institutionalisierte Form des Wählerwerbens seitens der politischen Akteure, in der diese Akteure gezwungen werden, dem Problem der Informationsasymmetrie zu begegnen. In Parteiendemokratien stehen politische Parteien in einem starken Wettbewerb um die Wählergunst (Gabriel, 2002a, S. 246–248). Ein starker Wettbewerb unter politischen Akteuren, die substitutive Leistungen anbieten, erleichtert es Bürgern grundsätzlich sich über die Eigenschaften, Fähigkeiten und Ressourcen der politischen Akteure zu informieren, um die verschiedenen Agenten vergleichen zu können (Göbel, 2002, S. 111–112; Strøm, 2000, S. 271). Die aktive Suche des Prinzipals wird in der Prinzipal-Agent-Theorie als *Screening* bezeichnet (Ripperger, 1998, S. 66–67; Stiglitz, 1975, S. 284–287). Der Erfolg einer Prüfung der Fähigkeiten, der Handlungen

4 „Daß in Zeiten komplexer Probleme und großen Entscheidungsbedarfs die Bürger ihre Angelegenheiten selbst regeln, erfordert, abgesehen von den technischen Voraussetzungen, deren Bereitschaft, einen großen Teil ihrer Freizeit freiwillig der Auseinandersetzung mit öffentlichen Problemen zu widmen. Damit ist nicht zu rechnen. Der Bürger ist „von Natur aus“ kein *zoon politikon*; und um ihn dazu zu „erziehen“, bedarf es des Zwangs, Freunde, Familie, Interessen und Hobbys hintanzustellen.“ (Schmitt, 2014, S. 31, H.i.O.)

und der Intentionen des Agenten ist allerdings davon abhängig, bis zu welchem Grad diese durch den Prinzipal beobachtet werden können (Kassim & Menon, 2003, S. 122; Kiewiet & McCubbins, 1991, S. 30). Zudem ist ein solches Screening mit einem Ressourcenaufwand verbunden, z.B. in Form von Zeit. Die meisten Bürger haben jedoch kein Interesse daran, viele Ressourcen für ein Screening politischer Akteure vor der Wahl aufzuwenden (Schmitt, 2014, S. 31; Schmitt-Beck & Partheymüller, 2012, S. 301).

Um dennoch die Aufmerksamkeit von Bürgern zu erreichen, müssen politische Parteien selber aktiv werden und ein *Signaling* betreiben, d.h. Signale in Form von strategischer Parteienkommunikation an Bürger vermitteln (Jones & Hudson, 1998, S. 184–185). Grundsätzlich müssen politische Parteien bis zu einem gewissen Grad Wählerinteressen berücksichtigen oder zumindest ihre Wählerorientierung nach außen hin kommunizieren, indem sie glaubwürdige Informationen senden (Plotke, 1997, S. 29). Nur so können sie in diesem politischen Wettbewerb bestehen. Entsprechend der sich aus der Informationsasymmetrie in der Prinzipal-Agent-Beziehung ergebenden Probleme sollten politische Parteien in Wahlkämpfen besonders ihre Eigenschaften, Fähigkeiten bzw. Ressourcen sowie ihre Intentionen betonen. So vermitteln sie Bürgern eine Sicherheit und stellen sich vertrauenswürdig dar.

Doch egal wie viele Signale politische Parteien senden, sie werden es nicht schaffen, die Informationsasymmetrie vollständig zu beheben. Wie beschrieben lässt sich eine Prinzipal-Agent-Beziehung, wie z.B. die zwischen Bürgern und politischen Parteien, grundsätzlich nicht vollkommen absichern. Die Grundprobleme bleiben bestehen, wodurch mit der Stimmabgabe Risiken wahrgenommen werden können. Es besteht also die Notwendigkeit eines Mechanismus, um mit dem wahrgenommenen Risiko in dieser Beziehung umgehen zu können. Vertrauen hilft das wahrgenommene Risiko, z.B. betrogen und ausgenutzt zu werden, zu tolerieren. Gleichzeitig sinkt durch Vertrauen das Bedürfnis und die Notwendigkeit ein Ressourcenaufwand zu betreiben, um Kontrolle auszuüben und um sich die für die Kontrollausübung nötigen Informationen zu beschaffen (Benz, 2002, S. 275; Eichenlaub, 2010, S. 14; Ensminger, 2003, S. 199; Offe, 2001, S. 257). Diese Funktion macht Vertrauen für das Bestehen moderner, ausdifferenzierter Gesellschaften unabdingbar, wie im nächsten Kapitel noch genauer dargestellt wird.



<http://www.springer.com/978-3-658-15566-7>

Vertrauen in politische Parteien
Der Einfluss von Gesprächen über Wahlwerbung auf die
Vertrauenswürdigkeit

Wiencierz, C.

2017, XIV, 284 S. 19 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-15566-7